

Werter Herr Eberle!

Die politische Union Europas setzt das Einverständnis der Mitglieder voraus. Und weil diese Demokratien sind, so muß die jeweilige Volksvertretung darüber entscheiden, ob sie nationale Befugnisse an einen europäischen Zentralstaat abtreten möchte.

Zwangsweise auf dem Umweg über eine hohe Verschuldung und Euro-Anleihen den europäischen Bundestaat herstellen bzw. erzwingen zu wollen, ist verfassungsrechtlich ein Unding.

Und noch eines. Griechenland und andere Schuldnerstaaten konnten bis vor einem halben Jahr zu den sehr niedrigen Zinsen für in Euro denominierte Staatsanleihen Geld aufnehmen.

Angenommen, wir hätten die gemeinsam garantierten Euro-Anleihen, und die Zinslast vor neue Staatsanleihen wäre dadurch vor allem in Griechenland gering.

Warum sollte dann Griechenland sparen?

Hier gebe ich und auch meine Kollegen Professor Merk recht, der darauf hinweist, daß Griechenland dann niemand davon abhalten kann, billig aufgenommenes Geld weiterhin unrentabel einzusetzen.

Mit Gruß aus München,
Alfred Becker.